

Die Vorschläge für Expertennetze werden beim ÖPD Wissenschaftspolitik gemäß den Modalitäten und dem Zeitplan eingereicht, die in der Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen festgelegt sind. Diese Vorschläge werden dem Lenkungsausschuss über einen gesicherten Zugang zur Website des ÖPD Wissenschaftspolitik zur Verfügung gestellt.

Die Vorschläge für Expertennetze werden auf Veranlassung des ÖPD Wissenschaftspolitik unabhängigen ausländischen Experten zur Bewertung vorgelegt.

Ein von dem ÖPD Wissenschaftspolitik auf der Grundlage der Ergebnisse der wissenschaftlichen Bewertung ausgearbeiteter Vorschlag in Bezug auf die Netzauswahl wird dem Lenkungsausschuss unterbreitet. Bei der Netzauswahl werden die Einschränkungen berücksichtigt, die durch die in Artikel 4 des vorliegenden Abkommens festgelegten Schlüssel für die Verteilung unter und innerhalb der Gemeinschaften auferlegt werden.

Der Lenkungsausschuss nimmt diesbezüglich Stellungnahme.

Fällt diese Stellungnahme nicht einstimmig aus, werden die verschiedenen Meinungen angegeben, die innerhalb des Lenkungsausschusses diesbezüglich geäußert wurden. Der föderale Minister der Wissenschaftspolitik wird letztendlich entscheiden.

Artikel 4. Schlüssel für die Verteilung unter und innerhalb der Gemeinschaften

Abgesehen vom Pauschalbetrag, der für die Teilnahme der föderalen wissenschaftlichen Einrichtungen, der Königlichen Militärschule und des Instituts für Tropenmedizin und für die Teilnahme von ausländischen Forschungsinstituten an den IFP-Netzen bestimmt ist, ist der Schlüssel für die intergemeinschaftliche Verteilung der finanziellen Mittel der Phase VII der IFP auf 56% N - 44% F festgelegt.

Die Verteilung unter den Universitäten der Flämischen Gemeinschaft einerseits und unter denen der Französischen Gemeinschaft andererseits wird jeder Gemeinschaft selbst überlassen.

Artikel 5. Überwachung des IFP-Programms

Der Lenkungsausschuss wird mindestens einmal jährlich zusammenkommen, um den Ablauf des Programms zu überwachen und jede sachdienliche Empfehlung hierzu auszusprechen.

Er wird über die regelmäßigen wissenschaftlichen Berichte, die die Expertennetze dem ÖPD Wissenschaftspolitik zugesandt haben, verfügen können.

Er wird auch Empfehlungen hinsichtlich einer späteren Fortführung des Programms aussprechen können.

Artikel 6. Dauer des Zusammenarbeitsabkommens

Vorliegendes Zusammenarbeitsabkommen wird für eine Dauer abgeschlossen, die am 30. Juni 2017 endet. Es kann auf Antrag des Staates oder der Flämischen und der Französischen Gemeinschaft verlängert werden.

Artikel 7. In-Kraft-Treten des Zusammenarbeitsabkommens

Vorliegendes Zusammenarbeitsabkommen tritt am 1 Juli 2011 in Kraft.

Gegeben zu Brüssel, den 28 Juni 2011, in fünffacher Ausfertigung.

Für den Staat,

Die Ministerin für K.M.U., Selbstständige, Landwirtschaft und Wissenschaftspolitik,
Frau S. LARUELLE

Für die Flämische Gemeinschaft,

Die Vize-Ministerpräsidentin der Flämischen Regierung und Flämische Ministerin für Innovation,
Öffentliche Investitionen, Medien und Armutsbekämpfung,
Frau I. LIETEN

Für die Französische Gemeinschaft,

Der Vizepräsident der Regierung der Französischen Gemeinschaft und Minister für Kinder,
Forschung und öffentlichen Dienst der Französischen Gemeinschaft,
J.-M. NOLLET

Für die Deutschsprachige Gemeinschaft:

Der Minister für Unterricht, Ausbildung und Beschäftigung,
O. PAASCH

SERVICE PUBLIC FEDERAL INTERIEUR

F. 2011 — 2326

[C — 2011/00545]

28 FEVRIER 1991. — Arrêté royal concernant les établissements soumis au chapitre II de la loi du 30 juillet 1979 relative à la prévention des incendies et des explosions ainsi qu'à l'assurance obligatoire de la responsabilité civile dans ces mêmes circonstances. — Traduction allemande

Le texte qui suit constitue la traduction en langue allemande de l'arrêté royal du 28 février 1991 concernant les établissements soumis au chapitre II de la loi du 30 juillet 1979 relative à la prévention des incendies et des explosions ainsi qu'à l'assurance obligatoire de la responsabilité civile dans ces mêmes circonstances (*Moniteur belge* du 13 avril 1991).

Cette traduction a été établie par le Service central de traduction allemande à Malmédy.

FEDERALE OVERHEIDSDIENST BINNENLANDSE ZAKEN

N. 2011 — 2326

[C — 2011/00545]

28 FEBRUARI 1991. — Koninklijk besluit betreffende de inrichtingen die onder de toepassing vallen van hoofdstuk II van de wet van 30 juli 1979 betreffende de preventie van brand en ontploffing en betreffende de verplichte verzekering van de burgerrechtelijke aansprakelijkheid in dergelijke gevallen. — Duitse vertaling

De hiernavolgende tekst is de Duitse vertaling van het koninklijk besluit van 28 februari 1991 betreffende de inrichtingen die onder de toepassing vallen van hoofdstuk II van de wet van 30 juli 1979 betreffende de preventie van brand en ontploffing en betreffende de verplichte verzekering van de burgerrechtelijke aansprakelijkheid in dergelijke gevallen (*Belgisch Staatsblad* van 13 april 1991).

Deze vertaling is opgemaakt door de Centrale Dienst voor Duitse vertaling in Malmédy.

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST INNERES

D. 2011 — 2326

[C – 2011/00545]

28. FEBRUAR 1991 — Königlicher Erlass über die Einrichtungen, die unter Kapitel II des Gesetzes vom 30. Juli 1979 über die Brand- und Explosionsverhütung sowie über die Haftpflichtversicherung in diesen Fällen fallen — Deutsche Übersetzung

Der folgende Text ist die deutsche Übersetzung des Königlichen Erlasses vom 28. Februar 1991 über die Einrichtungen, die unter Kapitel II des Gesetzes vom 30. Juli 1979 über die Brand- und Explosionsverhütung sowie über die Haftpflichtversicherung in diesen Fällen fallen.

Diese Übersetzung ist von der Zentralen Dienststelle für Deutsche Übersetzungen in Malmedy erstellt worden.

MINISTERIUM DES INNERN UND DES ÖFFENTLICHEN DIENSTES

28. FEBRUAR 1991 — Königlicher Erlass über die Einrichtungen, die unter Kapitel II des Gesetzes vom 30. Juli 1979 über die Brand- und Explosionsverhütung sowie über die Haftpflichtversicherung in diesen Fällen fallen

BALDUIN, König der Belgier,

Allen Gegenwärtigen und Zukünftigen, Unser Gruß!

Aufgrund des Gesetzes vom 30. Juli 1979 über die Brand- und Explosionsverhütung sowie über die Haftpflichtversicherung in diesen Fällen, insbesondere der Artikel 7 und 8;

Aufgrund des Gutachtens des Staatsrates;

Auf Vorschlag Unseres Ministers des Innern und aufgrund der Stellungnahme Unserer Minister, die im Rat darüber beraten haben,

Haben Wir beschlossen und erlassen Wir:

Artikel 1 - Die Bestimmungen von Kapitel 2 des Gesetzes vom 30. Juli 1979 über die Brand- und Explosionsverhütung sowie über die Haftpflichtversicherung in diesen Fällen finden auf die folgenden Kategorien von Einrichtungen Anwendung:

1. Tanzlokale, Diskotheken und alle öffentlichen Orte, an denen getanzt wird,
2. Restaurants, Frittüren und Schankstätten, wenn die für die Öffentlichkeit zugängliche Fläche insgesamt mindestens 50 m² umfasst,
3. Hotels und Motels mit mindestens vier Zimmern, die mindestens zehn Gäste aufnehmen können,
4. Einzelhandelsgeschäfte, deren Verkaufsräume und angrenzenden Lagerräume eine Gesamtfläche von mindestens 1 000 m² aufweisen,
5. Jugendherbergen,
6. Kabarette und Zirkusse,
7. Kinos und Theater,
8. Kasinos,
9. Kulturzentren,
10. Mehrzweckhallen, insbesondere für Aufführungen, öffentliche Versammlungen und Sportveranstaltungen,
11. Sporthallen,
12. Schießstände,
13. Stadien,
14. Messehallen und Ausstellungsräume,
15. überdachte Jahrmarkteinrichtungen, wenn die für die Öffentlichkeit zugängliche Fläche insgesamt mindestens 100 m² umfasst,
16. aufblasbare Konstruktionen,
17. Einkaufszentren, wenn die für die Öffentlichkeit zugängliche Fläche insgesamt mindestens 1 000 m² umfasst,
18. Vergnügungsparks,
19. Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen,
20. betreute Wohnformen, Wohnkomplexe mit Dienstleistungsangebot und Altenheime,
21. Bildungs- und Berufsausbildungseinrichtungen,
22. Bürogebäude, wenn die für die Öffentlichkeit zugängliche Fläche insgesamt mindestens 500 m² umfasst,
23. Bahnhöfe, sämtliche U-Bahn-Anlagen und Flughäfen,

24. Gebäude zur Ausübung von Kulturen, wenn die für die Öffentlichkeit zugängliche Fläche insgesamt mindestens 1 000 m² umfasst,

25. Gebäude von Gerichten und Gerichtshöfen.

Art. 2 - § 1 - Betreiber der in Artikel 1 des vorliegenden Erlasses erwähnten Einrichtungen, mit Ausnahme der in den Nummern 21, 22, 24 und 25 erwähnten Einrichtungen, sind verpflichtet, die gemäß den Bestimmungen von Kapitel 2 des Gesetzes vom 30. Juli 1979 auferlegten Maßnahmen zu ergreifen.

§ 2 - Ebenfalls verpflichtet, die gemäß den Bestimmungen von Kapitel 2 des Gesetzes vom 30. Juli 1979 auferlegten Maßnahmen zu ergreifen, sind folgende Personen beziehungsweise Institutionen:

1. öffentlich-rechtliche oder privatrechtliche Personen, die in den in Artikel 1 Nr. 21 des vorliegenden Erlasses erwähnten Einrichtungen Unterricht erteilen beziehungsweise Berufsausbildungen organisieren,

2. öffentlich-rechtliche oder privatrechtliche Personen, die die in Artikel 1 Nr. 22 des vorliegenden Erlasses erwähnten Bürogebäude nutzen,

3. natürliche oder juristische Personen, die in den in Artikel 1 Nr. 24 des vorliegenden Erlasses erwähnten Einrichtungen die Ausübung eines Kultes organisieren,

4. der belgische Staat, vertreten durch den Minister der Justiz, was die in Artikel 1 Nr. 25 des vorliegenden Erlasses erwähnten Gebäude von Gerichten und Gerichtshöfen betrifft.

Art. 3 - Der Staat, die Regionen und Gemeinschaften sind von der Pflicht, einen Versicherungsvertrag abzuschließen, befreit.

Art. 4 - Der vorliegende Erlass tritt an dem Datum in Kraft, das Wir durch einen im Ministerrat beratenen Erlass festlegen.

Art. 5 - Unser Minister des Innern ist mit der Ausführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Gegeben zu Brüssel, den 28. Februar 1991

BALDUIN

Von Königs wegen:

Der Minister des Innern

L. TOBBACK

SERVICE PUBLIC FEDERAL FINANCES

F. 2011 — 2327

[C — 2011/03235]

19 JUNI 2011. — Arrêté royal fixant les modalités d'émission de la loterie à billets, appelée « 21 », loterie publique organisée par la Loterie Nationale

ALBERT II, Roi des Belges,
A tous, présents et à venir, Salut.

Vu la loi du 19 avril 2002 relative à la rationalisation du fonctionnement et de la gestion de la Loterie Nationale, l'article 3, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, et l'article 6, § 1^{er}, 1^o, modifiés par la Loi-programme I du 24 décembre 2002;

Vu l'arrêté royal du 15 janvier 2002 fixant les modalités d'émission de la loterie à billets, appelée « 21 », loterie publique organisée par la Loterie Nationale;

Vu l'avis 49.722/2 du Conseil d'Etat, donné le 15 juin 2011, en application de l'article 84, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 1^o, des lois sur le Conseil d'Etat, coordonnées le 12 janvier 1973;

Sur la proposition du Vice-Premier Ministre et Ministre des Finances,

Nous avons arrêté et arrêtons :

Article 1^{er}. Le présent règlement s'applique à l'émission par la Loterie Nationale de la loterie à billets, appelée « 21 ».

« 21 » est une loterie à billets dont les lots sont exclusivement attribués sans tirage au sort par l'indication sur le billet, selon une répartition déterminée par le hasard, qu'un lot est ou n'est pas obtenu. Cette indication est cachée sous une couche opaque à gratter.

Art. 2. Le nombre de billets de chaque émission est fixé par la Loterie Nationale, soit à 1 000 000, soit en multiples d'1 000 000.

Le prix de vente d'un billet est fixé à 3 euros.

Le nombre d'émissions est fixé par la Loterie Nationale.

FEDERALE OVERHEIDSDIENST FINANCIËN

N. 2011 — 2327

[C — 2011/03235]

19 JUNI 2011. — Koninklijk besluit tot bepaling van de uitgiftevoorschriften van de loterij met biljetten, genaamd « 21 », een door de Nationale Loterij georganiseerde openbare loterij

ALBERT II, Koning der Belgen,
Aan allen die nu zijn en hierna wezen zullen, Onze Groet.

Gelet op de wet van 19 april 2002 tot rationalisering van de werking en het beheer van de Nationale Loterij, artikel 3, § 1, eerste lid, en artikel 6, § 1, 1^o, gewijzigd bij de Programmawet I van 24 december 2002;

Gelet op het koninklijk besluit van 15 januari 2002 betreffende de uitgiftevoorschriften van de loterij met biljetten, « 21 » genaamd, een openbare loterij georganiseerd door de Nationale Loterij;

Gelet op het advies 49.722/2 van de Raad van State, gegeven op 15 juni 2011, met toepassing van artikel 84, § 1, eerste lid, 1^o, van de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973;

Op de voordracht van de Vice-Eerste Minister en Minister van Financiën,

Hebben Wij besloten en besluiten Wij :

Artikel 1. Dit reglement is van toepassing op de door de Nationale Loterij uitgegeven loterij met biljetten, genaamd « 21 ».

« 21 » is een loterij met biljetten waarvan de loten uitsluitend zonder enige trekking worden toegewezen door de vermelding op het biljet zelf, volgens een door het toeval bepaalde verdeling, dat een lot al of niet wordt gewonnen. De vermelding in kwestie zit verborgen onder een af te krassen ondoorzichtige deklaag.

Art. 2. Het aantal biljetten van elke uitgifte wordt door de Nationale Loterij vastgesteld hetzij op 1 000 000, hetzij op veelvoud van 1 000 000.

De verkoopprijs van een biljet is vastgelegd op 3 euro.

Het aantal uitgiften wordt vastgesteld door de Nationale Loterij.